

Der Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund in West- und Ostdeutschland

Lars Holtkamp und Benjamin Garske

Aktuell hat ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund. In Wissenschaft und Politik wird zunehmend thematisiert, dass dieser Personenkreis mit durchschnittlich häufig unter fünf Prozent in Kommunalparlamenten, Landtagen und im Bundestag immer noch stark unterrepräsentiert ist. In unserer Untersuchung der bundesdeutschen Kommunalparlamente in Städten über 20.000 Einwohner zeigte sich beispielsweise, dass lediglich 2,8 Prozent der Ratsmitglieder in den westdeutschen und 1,1 Prozent in den ostdeutschen Kommunen einen Migrationshintergrund haben. Vergleiche zwischen Parteien sehen ähnlich divergent aus. In Westdeutschland ist es vor allem die Linke, die mit 7,8 Prozent einen vergleichsweise hohen Anteil an Mandatsträgern mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene aufweist, gefolgt von den Grünen mit 4,1 Prozent. Schlusslichter sind CDU und FDP mit 1,8 beziehungsweise 1,9 Prozent in den westdeutschen Kommunen. Die SPD rangiert mit einem Anteil von 3,5 Prozent in der Mitte.¹

Aus normativer Sicht formuliert die Politikwissenschaft Wünsche an eine generelle Erhöhung der Migrantenrepräsentanz², während die proportionale Unterrepräsentanz als Demokratiedefizit eingeordnet wird³:

- Interessen von Migranten und Blickwinkel auf entsprechende politische Probleme von Migranten können bei höherer Repräsentanz stärker in parlamentarische Diskurse und Entscheidungen einfließen, und durch solch Zugewinn an Wissen werden effektivere Problemlösungen ermöglicht.
- Eine höhere Repräsentanz fördert das politische Interesse, die Partizipation und stärkere politische Integration von Migranten.⁴ Insbesondere verbessert sich der Kontakt zu Abgeordneten (mit Migrationshintergrund). Vertrauensvolle Beziehungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten können sich entwickeln. Zudem kann sich die Responsivität der Parlamentarier durch intensivere Kommunikation insgesamt verbessern.

1 Vgl. Lars Holtkamp / Elke Wiechmann / Caroline Friedhoff, Intersektionale Analyse der Parlamente – Repräsentation von MigrantInnen in bundesdeutschen Parlamenten, Polis Nr. 72/2013, Hagen 2013, online verfügbar unter https://www.fernuni-hagen.de/polis/download/lg4/polis_72.pdf (Abruf am 14. Februar 2018), S. 33.

2 Vgl. Roland Roth, Integration durch Partizipation – eine vernachlässigte Handlungsoption, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 4. Jg. (2012), H. 1, S. 2 – 12; Catherine Durose / Francesca Gains / Liz Richardson / Ryan Combs / Karl Broome / Christina Eason, Pathways to Politics, Equality and Human Rights Commission Research Report 65, Manchester 2011, S. 2 f.

3 Vgl. Karen Schönwälder / Irene Bloemraad, Immigrant Incorporation in Urban Politics; in: European Political Science, 12. Jg. (2013), H. 4, S. 448 – 454; Uwe Hunger / Menderes Candan, Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg, Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Münster 2009.

4 Vgl. Susan Banducci / Todd Donovan / Jeffry Karp, Minority Representation, Empowerment, and Participation, in: Journal of Politics, 66. Jg. (2004), H. 2, S. 534 – 556.

- Es ist eine höhere Legitimität und Akzeptanz für parlamentarische Entscheidungen seitens der Migranten zu erwarten. Dies kann die Stabilität der Demokratie fördern.⁵ Die bisherige deutliche Repräsentationslücke deutet hingegen auf ungleiche Zugangschancen zur politischen Elite hin. In modernen Demokratien ist dies nur schwer legitimierbar und kann zu erheblichen Akzeptanzproblemen bei der zunehmend wachsenden Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund führen.

Ein rein deskriptives Repräsentationsmodell⁶, was neben der Erhöhung der Repräsentation vor allem auf Deckungsgleichheit abzielt („mirror-representation“), wird allerdings kritisiert, weil es aufgrund nicht vollständig berücksichtiger sozistruktureller Merkmale kaum realisierbar sei. Erschwerend wird hinsichtlich der bundesdeutschen Parteidemokratie hervorgehoben, dass sich durch den Prozess der Professionalisierung und parteipolitischen Sozialisationen die Abgeordneten eher von ihrem Herkunfts米尔ieu entfernen und bei teils ausgeprägter Fraktionsdisziplin nur bedingt Spielräume für den einzelnen Abgeordneten bestehen, um Präferenzen der Herkunftsgruppen umsetzen zu können.⁷ Dem lässt sich allerdings empirisch entgegenhalten, dass Abgeordnete nicht ausschließlich die Interessen und die Programmatik ihrer eigenen Partei repräsentieren und ihre Präferenzen und Sichtweisen ebenso von Persönlichkeitsmerkmalen und sozialer Herkunft abhängen.⁸ Dies gilt insbesondere für die hier näher zu betrachtenden Kommunalvertretungen beim Kumulieren und Panaschieren⁹, weil hier die Fraktionsdisziplin deutlich schwächer ausgeprägt ist¹⁰ und die Kandidaten erhebliche Anreize haben, sich durch persönliche Meinungen zu profilieren.

5 Vgl. Didier Ruedin, The Relationship between Levels of Gender and Ethnic Group Representation, in: *Studies in Ethnicity and Nationalism*, 10. Jg. (2010), H. 1, S. 92 – 106, S. 93.

6 Deskriptive Repräsentation – hier verstanden als „Deckungsgleichheit zwischen Repräsentierten und Repräsentanten bezüglich sozialer Charakteristika“ – entgegen beispielsweise einer Repräsentation, in der sich „die Repräsentierten wiedererkennen“ (symbolische Repräsentation). Dies kann allerdings in der gebotenen Kürze nicht weiter differenziert werden. Zu den drei Hauptlinien des Repräsentationsbegriffs (a) formale, (b) symbolische und deskriptive sowie (c) handlungsbezogene Repräsentation vgl. daher zusammenfassend Alexander Kühne, Repräsentation enträtelt oder immer noch „the Puzzle of Representation“? Entwicklungen und Lehren aus unterschiedlichen Forschungsstrategien, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 3, S. 459 – 485.

7 Vgl. zum Überblick Stefan Ewert / Joanna Bars / Hubertus Buchstein, Zur Bedeutung von Ausbildung und Beruf bei Landtagsabgeordneten. Empirische Anstöße zum Nachdenken über parlamentarische Repräsentation, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 4, S. 749 – 765.

8 Vgl. Andreas Wüst, Politische Repräsentation von Migranten im Vergleich: Die Rolle der Parteien, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration*, Gütersloh 2011, S. 117 – 135.

9 Beim Verhältniswahlrecht mit freier Liste können die Bürger für jedes zu besetzende Ratsmandat eine Stimme vergeben. Dabei kann der Stimmzettel für eine Partei unverändert abgegeben werden, wodurch jede Kandidatur auf der Parteiliste eine Stimme erhält. Alternativ besteht durch Kumulieren auch die Möglichkeit, mehrere (beispielsweise in Baden-Württemberg bis zu drei) Stimmen für einen einzelnen Kandidaten zu vergeben und somit die Reihenfolge der Kandidaturen auf der Parteiliste zu verändern. Durch die Möglichkeit zu panaschieren können darüber hinausgehend auch einzelne Kandidaten aus anderen Parteien gewählt werden.

10 Vgl. Jörg Bogumil / Lars Holtkamp, Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2016; Thomas Bathge / Caroline Friedhoff / Lars Holtkamp, Innerfraktionsale Geschlossenheit in bundesdeutschen Kommunalparlamenten, in: *Mitteilungen des Instituts für deutsches und internationales Parteienrecht und Parteienforschung (MIP)*, 21. Jg. (2015), S. 5 – 12.

Während also für die hier betrachtete extreme Migrantenunterrepräsentanz gerade im Fall der Kommunen anzunehmen ist, dass sie normativ nicht unproblematisch ist und politischen Handlungsbedarf signalisiert, ist der Forschungsstand zur parlamentarischen Repräsentanz von Migranten in Deutschland noch sehr lückenhaft.¹¹ Im Zuge eines Forschungsprojektes¹² zu diesem Themenkomplex konnte der bisher umfangreichste Datensatz zum Kumulieren und Panaschieren angelegt werden. Dieser ermöglicht es, mittels ausländisch klingender Namen¹³ auf Wahlzetteln den Einfluss des Migrationshintergrundes auf das Verhalten von Wähleraggregaten zu untersuchen. Es ist hierbei aber zu betonen, dass das Wahlverhalten auf der Nachfrageseite nur eine mögliche Erklärung für die Migrantenunterrepräsentanz ist, während auf der Angebotsseite die Nominierungsroutinen der Parteien häufiger als wichtigere Ursache eingeordnet werden. Parteien tragen als Gatekeeper die überwiegende Verantwortung für die ausgeprägte Unterrepräsentanz.¹⁴

1. Forschungsstand

Für einen fördernden Einfluss des Verhältniswahlrechts mit offenen Listen (Kumulieren und Panaschieren) spricht die Möglichkeit, dass auf diese Weise Migranten durch ihr Wahlverhalten auch Kandidaten ihrer Nationalität oder mit vergleichbarem Migrationshintergrund nach oben wählen können.¹⁵ Es wird angenommen, dass diese Wählerschaft stark durch Kandidaten ihrer eigenen Ethnie mobilisiert werden kann („ethnic vote“¹⁶). Das

11 Vgl. *Barbara Donovan*, ‘Minority’ Representation in Germany, in: *German Politics*, 16. Jg. (2007), H. 4, S. 455 – 480, S. 457.

12 Das Projekt wurde vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Genderforschung gefördert. Der Projektbericht wurde mittlerweile als Buch publiziert (*Nina Hossain / Caroline Friedhoff / Maria Funder / Lars Holtkamp / Elke Wiechmann*, Partizipation – Migration – Gender: Eine Studie über politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland, Baden-Baden 2016). Der in diesem Rahmen erhobene Datensatz wurde für den vorliegenden Aufsatz hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren des Wahlerfolgs von Migranten neu ausgewertet.

13 Diese Methodik wird in den meisten Wahluntersuchungen so angewendet und auch hier zur Identifikation von Kandidaten mit Migrationshintergrund übernommen. Es geht also nicht darum, alle Kandidaten mit Migrationshintergrund vollständig zu erfassen, sondern lediglich festzustellen, wie die Wähler bei unvollständigem Informationsniveau auf einen ausländisch klingenden Namen reagieren und diesen möglicherweise als Heuristik für ihre Wahlentscheidung nutzen. Vgl. zum Überblick über die Studien *Nenad Stojanovic / Lea Portmann*, Discrimination of Immigrant-Origin Candidates by Voters: Evidence from Open-List PR Elections in Switzerland, ECPR Joint Sessions, Pisa, 24. bis 28. April 2016, <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/975d276d-77be-4e3f-87b4-09ee49bb1f9f.pdf> (Abruf am 7. Februar 2018).

14 Vgl. *Jeanette Ashe / Kennedy Stewart*, Legislative Recruitment: Using Diagnostic Testing to Explain Underrepresentation, in: *Party Politics*, 17. Jg. (2011) H. 1, S. 1 – 21; *Floor Eelbode*, Political Representation of Ethnic Minorities: A Framework for a Comparative Analysis of Ethnic Minority Representation, Living Together Conference 2010, <http://www.surrey.ac.uk/cronem/files/conf2010papers/Eelbode.pdf> (Abruf am 7. Februar 2018); *Catherine Durose / Francesca Gains / Liz Richardson / Ryan Combs / Karl Broome / Christina Eason*, a.a.O. (Fn. 2), S. 6.

15 Vgl. *Laure Michon*, Ethnic Minorities in Local Politics: Comparing Amsterdam and Paris, Dissertation an der University of Amsterdam 2011, <http://dare.uva.nl/document/201942> (Abruf am 19. April 2013); *Floor Eelbode*, a.a.O. (Fn. 14), S. 9.

16 *Julia Binder*, Taxation without Representation – Politische Integration von Zuwanderern in Migrationsgesellschaften, Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts (AP70), Berlin 2010, S. 17; *Karen*

Wahlverhalten selbst würde damit keine Erklärung für die ausgeprägte Migrantenunterrepräsentanz geben. Allerdings hätten Parteien Anreize, verstärkt Kandidaten mit Migrationshintergrund aufzustellen.

Dem wird entgegengehalten, dass dieses Wahlrecht auch rassistischen Wählern die Möglichkeit gibt, Kandidaten mit Migrationshintergrund systematisch nach unten zu wählen („electoral discrimination“¹⁷). Die Wirkung des Wahlrechts ist damit ebenso abhängig von soziokulturellen Kontextfaktoren und dürfte regional stark variieren.¹⁸

Eine für die Migrantenrepräsentanz positive Wirkung des Verhältniswahlrechts mit offenen Listen wurde zumindest für die Bremer und Hamburger Bürgerschaftswahlen konstatiert.¹⁹ So stiegen beispielsweise in Bremen Kandidaten mit Migrationshintergrund um durchschnittlich sechs Listenplätze im Vergleich zur Startposition auf der Parteiliste²⁰, wobei die CDU-Wahlbewerber nicht von diesem positiven Effekt profitierten.²¹

Auch für Hamburg wird ein positiver Effekt des Wahlrechts kurz nach der Einführung konstatiert:

„Insgesamt hat sich das neue Wahlrecht, das den Wählern eine gezielte Auswahl einzelner Personen ermöglicht hat, für die Kandidaten mit Migrationshintergrund positiv ausgewirkt. Kandidaten mit Migrationshintergrund sind um 125 Rangplätze auf- und um 19 Rangplätze abgestiegen, saldiert ergibt sich als Differenz zwischen den Listenplätzen und den tatsächlich errungenen Rangplätzen nach Personenstimmen ein Plus von 106 Plätzen. Die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat sich im Vergleich zur davor liegenden Legislaturperiode von fünf auf neun und damit von 3,9 auf 7,4 Prozent (beziehungsweise um 80 Prozent) erhöht. ... Da durch das neue Wahlrecht der Hansestadt die personenbezogene Wahl ein deutlich höheres Gewicht bekommen hat, war es erstmals möglich, dass Angehörige ethnischer Gruppen ihre Wählerschaft gezielt mobilisieren. Davon haben einige parteipolitisch aktive Migranten gezielt Gebrauch gemacht und damit erreicht, dass ein kleiner Zuwachs bei den migrantischen Mandatsträgern zu verzeichnen ist.“²²

Bird, The Political Representation of Women and Ethnic Minorities in Established Democracies, AMID Working Paper Series 2003, http://www.kasyp.net/fileadmin/kasyp_files/Documents/reused/documents/party%20organistation_karen%20bird%20amidpaper.pdf (Abruf am 7. Februar 2018), S. 17.

17 *Nenad Stojanovic / Lea Portmann, a.a.O. (Fn. 13), S. 2 f.*

18 *Vgl. Mona Lena Krook / Robert Moser, Electoral Rules and Political Inclusion, in: Mala Htun / G. Bingham Powell, Jr. (Hrsg.), Political Science, Electoral Rules and Democratic Governance, Washington D.C. 2013, S. 31 – 37.*

19 *Vgl. Reinhard Aehnelt, Parteipolitische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am Beispiel Hamburgs, in: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2012, S. 4; Karen Schönwälder / Irene Bloemraad, a.a.O. (Fn. 3), S. 644.*

20 *Vgl. Collin Brown, Constituents at the Gate: European Political Parties and the Representation of Migration-Background Communities, Dissertation an der Harvard University 2015, S. 134; ähnlich Lothar Probst, Effekte der neuen Wahlsysteme in Hamburg und Bremen, Bremen 2011, http://bremen-nds.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Analyse_Effekte_Wahlsysteme_HH_HB_AWAPP1.pdf (Abruf am 21. Mai 2017).*

21 *Vgl. Collin Brown, a.a.O. (Fn. 20) , S. 157.*

22 *IIfs Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Bearbeitung durch Reinhard Aehnelt / Kristin Schwarze / Emilia Mitrovic, Partizipation vor Ort. Endbericht, Berlin 2011, <http://www.hamburg.de/contentblob/3361364/e94232cecd5f0d07510b782c212a9bff/data/expertise-partizipation.pdf> (Abruf am 21. Juni 2017), S. 171.*

Multivariate Analysen für Hamburg zeigten allerdings, dass Kandidaten mit Migrationshintergrund nicht in signifikantem Maße nach oben gewählt werden, wenn man den starken Einfluss der Positionierung auf den Parteilisten berücksichtigt. So bekommen beispielsweise Bewerber auf dem letzten oder dem ersten Listenplatz signifikant mehr Stimmen als andere auf nicht so stark sichtbaren Positionen.²³

Zudem lässt sich vom Wahlverhalten in den Stadtstaaten nicht so einfach auf das in der Fläche schließen. Faktoren wie ein hoher Urbanisierungsgrad oder ein großer Migrantanteil erweisen sich als tendenziell günstig. „More broadly, cities are assumed a more liberal political culture than more rural regions and the residential concentration of immigrants in urban centres ... may provide a more favourable context for political mobilisation and electoral representation.“²⁴ Insgesamt erscheinen die beiden Stadtstaaten damit eher als positive Ausreißer denn als durchschnittlicher Untersuchungsfall.

Weiterhin ist methodisch problematisch, dass die Kandidatenkenntnis bei Landtags- und Bundestagswahlen ausgeprägter ist als bei durchschnittlichen Kommunalwahlen. Diese gelten allgemein als „low information elections“²⁵, bei denen die einzelnen Bewerber der Wählerschaft deutlich weniger bekannt sind.²⁶

Neben dem Parteilabel kann sich die Wählerschaft damit in den meisten Ländern²⁷ bei Abstimmungen nur am Namen der Kandidaten orientieren, aus dem potentiell der Migrationshintergrund, das Geschlecht und der Doktortitel hervorgehen. Entscheidungen von Wählern werden also mehrheitlich „durch kognitive Heuristiken beziehungsweise ‚information shortcuts‘“ getroffen²⁸. Insgesamt sind damit auf lokaler Ebene die besten

23 Vgl. *Michael Jankowski*, Candidate Characteristics, Party Positions and Voter Heuristics, Dissertation an der Universität Hamburg 2016, S. 35; ähnlich *Collin Brown*, a.a.O. (Fn. 20), S. 156.

24 *Karen Schönwälder / Irene Bloemraad*, a.a.O. (Fn. 3), S. 449.

25 *Mario Mechtel*, It's the Occupation, Stupid! Explaining Candidates' Success in Low-information Elections, in: European Journal of Political Economy, 31. Jg. (2014) H. 1, S. 53 – 70.

26 Für nordrhein-westfälische Kommunen haben wir in unserem Forschungsprojekt „Kommunalwahlen 1999“ für Städte unterschiedlich hoher Einwohnerzahl in repräsentativen Bürgerbefragungen nachgewiesen, dass kein Ratsmitglied überhaupt mehr als fünf Prozent der Bürger namhaft bekannt war (*Rainer Bovermann*, Kommunales Wahlverhalten zwischen Partei-, Themen- und Kandidatenorientierung, in: *Uwe Andersen / ders.* (Hrsg.), Kommunalwahl 1999 in NRW – Im Westen was Neues, Opladen 2002, S. 115 – 159). Ähnliches wurde auch für Baden-Württemberg am Stuttgarter Beispiel empirisch bestätigt (*Oscar W. Gabriel*, Kommunales Wahlverhalten: Parteien, Themen und Kandidaten, in: *ders. / Frank Bretschneider / Angelika Vetter* (Hrsg.), Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Opladen 1997, S. 147 – 179). In der Stuttgarter Wählerumfrage wurden vor allem zwei Gründe angegeben, warum immerhin über 40 Prozent der Wählerschaft die Reihenfolge der Kandidaturen nicht veränderten: „Einverständnis mit dem Stimmzettel“ und „Kandidaten nicht bekannt“. Dass trotz sehr geringer Kandidatenkenntnisse in Stuttgart immerhin über 50 Prozent der Wählerschaft von der Möglichkeit zu kumulieren und zu panaschieren Gebrauch machte, deutet darauf hin, dass für die Personalentscheidungen der Wählerschaft in größeren Kommunen weitgehend nur die begrenzten Angaben auf dem Stimmzettel eine Rolle spielen (*Uwe Andersen*, Wahlen auf kommunaler Ebene – eigenständig?, in: Politische Bildung 3/2000, S. 76 – 93, S. 88) und nicht ein wie auch immer gearterter öffentlicher Bekanntheitsgrad der Ratskandidaturen.

27 Abhängig vom Wahlrecht der einzelnen Bundesländer kann auf dem Stimmzettel zusätzlich auf die Berufsbezeichnung zurückgegriffen werden. Im Zuge der bundesweiten Erhebung kann dies allerdings nicht berücksichtigt werden.

28 *Michael Jankowski*, a.a.O. (Fn. 23), S. 9.

Rahmenbedingungen für eine quasiexperimentelle Untersuchung der Erklärungsfaktoren gegeben.²⁹ Hinzu kommt, dass hier die Zahl der Fälle deutlich größer ist und somit quantitativ hypothesentestende Verfahren deutlich besser anwendbar sind als im Fall der Stadtstaaten.

Neben diesen Untersuchungen liegen allerdings nur zu einzelnen bayerischen, baden-württembergischen und hessischen Kommunen empirische Analysen zum Wahlerfolg von Migranten vor, die alle keine positive Wirkung des Kumulierens und Panaschierens bei der Wahl feststellen konnten. Für die Städte Frankfurt, Nürnberg, Stuttgart und Mannheim haben *Florian Herbolsheimer* und *Andreas M. Wüst* den relativen Wahlerfolg³⁰ von Kandidaten mit Migrationshintergrund der Kommunalwahlen 2006 bis 2009 berechnet. Die Autoren stellten fest, dass Kandidaten mit Migrationshintergrund in jenen Bezirken der Städte besser abgeschnitten haben, in denen auch der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hoch ist. Betrachtet man die Kandidaten danach, ob sie nach oben beziehungsweise unten gewählt wurden, so zeigt sich, dass 51 Prozent auf einen niedrigeren Listenplatz gewählt wurden, während 43 Prozent nach der Wahl einen besseren Listenplatz innehatten.³¹

Mario Mechtel untersuchte knapp 4.500 Kandidaten in baden-württembergischen Kommunen und kam in der multivariaten Analyse zu dem Ergebnis, dass Wahlbewerber mit ausländisch klingenden Namen signifikant weniger gewählt werden, so dass auch hier eher ein negativer Diskriminierungseffekt festzustellen ist.³²

Dies wird auch von Analysen mit experimentellem Design konstatiert. In einer Studie von *Alex Street*³³ zum Wahlverhalten wurde beispielsweise verglichen, ob eher Kandidaten mit oder ohne Migrationshintergrund von den Befragten gewählt werden. Die Auswertung auf Basis einer experimentellen Befragung, bei der mögliche Kandidaten mit deutschem und ausländisch klingendem Namen präsentiert wurden, ergab, dass 66 Prozent der Befragten den deutschen Kandidaten, und nur 58 Prozent den Kandidaten mit Migrationshintergrund wählen würden. Diese Differenz ist statistisch signifikant. Es zeigt sich darüber hinaus, dass Wähler, die sich durch Minderheiten bedroht fühlen, Kandidaten mit Migrationshintergrund weniger stark unterstützen. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse, dass Wähler, die konservative Parteien präferieren, Bewerber mit Migrationshintergrund

29 Untersuchungen zu Bundestagsabgeordneten können beispielsweise nur bedingt die Effekte von Migrationshintergrund, Doktortiteln und Geschlecht erfassen, insbesondere weil Bundestagsabgeordnete in ihrem jeweiligen Wahlkreis häufiger der Wählerschaft namentlich bekannt sind: elf Prozent im Durchschnitt bis zu knapp 40 Prozent; vgl. *Bernhard Wessels*, Wahl '98: Projekt „Die Performanz von Bundestagsabgeordneten“, Berlin 1998, <https://www2000.wzb.eu/~wessels/Downloads/Stern/Bericht-Stern.html> (Abruf am 31. Januar 2015) und somit viele andere personelle Faktoren bei der Wahl eine Rolle spielen können, die sich kaum in statistischen Analysen konstant halten lassen.

30 „Diese Maßzahl ergibt sich dadurch, dass die Stimmenanzahl eines Kandidaten mit der Stimmenanzahl der Listennachbarn in Beziehung gesetzt wird“, *Florian Herbolsheimer / Andreas M. Wüst*, Untersuchung in süddeutschen Großstädten. Migrationshintergrund: Fluch oder Segen bei der Ratswahl?, in: *Stadtforschung und Statistik* 2/2012, S. 8 – 12, S. 10.

31 Vgl. ebenda, S. 10.

32 Vgl. *Mario Mechtel*, a.a.O. (Fn. 25), S. 58 f.

33 Vgl. *Alex Street*, Representation Despite Discrimination: Minority Candidates in Germany, in: *Political Research Quarterly*, 67. Jg. (2014), H. 3, S. 374 – 385.

weniger unterstützen.³⁴ Zu diskriminierendem Wahlverhalten tendieren durchschnittlich eher Wähler der CDU beziehungsweise Wähler aus stärker ausländerfeindlichen Wählersegmenten, wie in Feldexperimenten deutlich wurde.³⁵

In einem weiteren Experiment konnte nachgewiesen werden, dass, während Frauen die gleichen Wahlchancen hatten wie Männer, Kandidaten mit Migrationshintergrund von der Wählerschaft diskriminiert wurden: „Allein die Präsentation eines fremdländisch klingenden Namens führte bei den Experimentteilnehmer/innen dazu, den Kandidaten beziehungsweise die Kandidatin in geringerem Ausmaß zu wählen“³⁶, womit das Wahlverhalten eine wichtige Erklärungsvariable für die Migrantenunterrepräsentanz sein könnte.

Aus dem hier skizzierten Forschungsstand lässt sich zumindest ableiten, dass die für den Stadtstaat Bremen konstatierten positiven Effekte des Kumulierens und Panaschierens auf die Wahl von Kandidaten mit Migrationshintergrund offensichtlich eher der Ausnahmefall zu sein scheinen. In den Kommunen der übrigen Länder ist hinsichtlich des Wahlerfolgs mehrheitlich von einer negativen beziehungsweise neutralen Wirkung des Wahlrechts auf die Migrantenrepräsentanz auszugehen.

Weiterhin könnte der Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund in Kleinstädten geringer als in Großstädten ausfallen, auf konservativen Listen geringer als auf Listen eher linker Parteien, die offensiver um die Stimmen der Kandidaten mit Migrationshintergrund werben können, ohne im größeren Maße befürchten zu müssen, dass sie von weniger toleranten Wählern abgestraft werden (zum Beispiel weniger Stimmen beim Panaschieren) oder sogar Stimmen an extrem rechte Parteien verlieren.³⁷

Zudem könnte der Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland ausfallen, da hier der Anteil rechtspopulistischer und -extremer Wähler tendenziell höher und eine stärker negativ diskriminierende Politische Kultur zu erwarten ist.³⁸ So könnte man beispielsweise das Wahlrecht nutzen, um Kandidaten mit deutschen Namen systematisch nach oben zu wählen, und andersherum. Weiterhin lassen sich als Indizien für unterschiedliche Politische Kulturen die „im Vergleich zur gesamtdeutschen Statistik in Ostdeutschland signifikant häufiger dokumentierten Gewaltstraftaten mit ausländerfeindlichen beziehungsweise rassistischen Tatmotiven

34 Vgl. ebenda, S. 378 ff.

35 Vgl. Andreas Wüst, a.a.O. (Fn. 8), S. 124 f.

36 Ina Bieber, Benachteiligung von Minderheiten: Die experimentelle Untersuchung der Wirkung des Kandidatengeschlechts und der -herkunft auf das Wählerverhalten, in: Thorsten Faas / Kai Arzheimer / Sigrid Roßteutscher / Bernhard Weßels (Hrsg.), Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation – Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 105 – 128, S. 126.

37 Vgl. Sara Claro Fonseca, New Citizens – New Candidates? Candidate Selection and the Mobilization of Immigrant Voters in German Elections, in: Karen Bird / Thomas Saalfeld / Andreas Wüst (Hrsg.), The Political Representation of Immigrants and Minorities, London 2011, S. 109 – 127, S. 112.

38 Vgl. Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig 2014, http://www.belltower.news/files/Mitte_Leipzig_Internet.pdf (Abruf am 9. Februar 2018), S. 35. Anzumerken ist allerdings, dass Durchschnittswerte die Varianz innerhalb der ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer verdecken können. So haben beispielsweise rechtsextreme Parteien in der Vergangenheit nicht etwa die höchsten Werte bei ostdeutschen Landtagswahlen erzielt, sondern bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (Hendrik Träger, Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014), in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 1, S. 57 – 81, S. 71).

sowie die bei ostdeutschen Befragten erhöhten Zustimmungswerte zu ausländerfeindlichen, nationalistischen und diktaturoffnen Positionen³⁹, anführen.

Vereinzelte Längsschnittuntersuchungen kommen zwar zu dem Fazit, dass sich Einstellungsunterschiede in Ost- und Westdeutschland bezüglich der Fremdenfeindlichkeit in letzter Zeit eher angleichen.⁴⁰ Die Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) widersprechen allerdings dieser Interpretation. So nahm beispielsweise der Anteil in der Bevölkerung mit langfristiger Parteibindung an die rechtspopulistische AfD in Ostdeutschland im gleichen Zeitraum stärker als in Westdeutschland zu – 2016 immerhin elf gegenüber drei Prozent.⁴¹

Fraglich ist zudem, ob und inwieweit der Anteil der Bürger mit ausländerfeindlichen Einstellungen aufgrund der potentiell vorhanden sozialen Erwünschtheit beim Antwortverhalten zuverlässig erfasst werden kann. Die hier zugrunde liegenden Daten zum Abstimmungsverhalten sind hingegen nicht reaktiv und damit gut geeignet, auch sozial nicht erwünschtes Verhalten direkt zu erfassen.⁴²

2. Untersuchungsdesign und -methodik

Damit nachvollzogen werden kann, ob Wähler Kandidaten mit Migrationshintergrund eher negativ diskriminieren oder bevorzugen, wurden von Januar 2014 bis Februar 2015 die Ergebnisse von Ratswahlen in 34 Großstädten (mehr als 100.000 Einwohner) und 56 Kleinstädten (20.000 bis 50.000 Einwohnern) in allen Bundesländern erhoben, in denen das kommunale Wahlrecht Kumulieren und Panaschieren vorsieht.⁴³ Aus diesen Ländern wurden zunächst alle 42 Großstädte (inklusive des Stadtstaates Bremen) erfasst und weitere 70 Kleinstädte zufällig bestimmt. Die Anzahl der Kleinstädte wurde auf Basis der Besiedlung in dieser Gemeindegrößenklasse ausgewählt, so dass eine im Verhältnis zur Besiedlungsdichte entsprechende Zahl an Fallkommunen ausgewählt werden konnte. Aufgrund einiger Ausfälle durch seitens der Kommunen nicht verfügbare Wahlergebnisse beziehungsweise geringer Auskunftsbereitschaft reduzierte sich die Gesamtzahl von ursprünglich 112 auf 90.

Für die Analyse wurden die Listen der jeweiligen Parteien mit den Stimmen insgesamt sowie, wenn verfügbar, die Stimmen in den einzelnen Wahlbezirken erhoben. Darüber hinaus wurden das Geschlecht, ob die Person gewählt wurde oder nicht, ein eventuell vor-

39 Heinrich Best, Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hrsg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 119 – 130, S. 119.

40 Vgl. Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel / Jürgen Maier / Michaela Maier / Tobias Jaeck / Melanie Leidecker, Deutschland 2014. 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – Ergebnisse eines Forschungsprojekts, Abschlussbericht, Halle (Saale) 2015, https://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/studie-deutschland-2014-25-jahre-revolution.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (Abruf am 9. Februar 2018), S. 164.

41 Vgl. Martin Kroh / Karolina Fetz, Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, in: DIW Wochenbericht 34/2016, S. 715.

42 Vgl. Thomas Milic / Bianca Rousselot / Adrian Vatter (Hrsg.), Handbuch der Abstimmungsfor- schung, Zürich 2014, S. 158.

43 Lediglich die vier Bundesländer Berlin, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein verfahren innerhalb der Kommunalwahlen mit geschlossenen Listen.

handener Doktortitel und der Migrationshintergrund erfasst. Die Daten wurden im Internet recherchiert, wenn diese frei zugänglich auf den Webseiten der jeweiligen Kommunen verfügbar waren. War dies nicht der Fall, wurden die verantwortlichen Wahlämter oder andere Zuständige angesprochen. Insgesamt konnte so eine Stichprobe von 22.924 Kandidatinnen und Kandidaten generiert werden, darunter etwa 33 Prozent weiblich. 67 Prozent der erfassten Personen waren Bewerber der untersuchten Großstädte.

Eine weitere Variable, die für die quantitative Auswertung zentral ist, ist die Berechnung des relativen Wahlerfolgs nach *Florian Herbolsheimer* und *Andreas M. Wüst*⁴⁴, die mögliche Effekte des ursprünglichen Listenplatzes konstant hält: Die Stimmen der Kandidaten mit Migrationshintergrund werden relativ mit den zwei oberen und zwei unteren Listennachbarn verglichen, um festzustellen, ob die betrachteten Personen bei der Kommunalwahl im Vergleich besser oder schlechter zu diesen abgeschnitten haben. Die entsprechende Formel lautet:

$$\text{Relativer Wahlerfolg} = \frac{\text{Stimmenanzahl Person} * 4}{\text{Listennachbar 1} + \text{Listennachbar 2} + \text{Listennachbar 3} + \text{Listennachbar 4}}$$

Ein Wert niedriger als 1,0 zeigt ein schlechteres Abschneiden im Vergleich zu den direkten Listennachbarn an, ein Wert größer als 1,0 ein besseres. Letzteres kann so interpretiert werden, dass der jeweilige Kandidat in der Liste hochgewählt wurde und somit im Ergebnis den Listenplatz verbessert hat. Für Werte niedriger als 1,0 wird dies genau entgegengesetzt interpretiert.⁴⁵ Anders als *Florian Herbolsheimer* und *Andreas M. Wüst* lassen wir diesen Wert zusätzlich in eine multivariate Regressionsanalyse einfließen, um Drittvariableneinflüsse kontrollieren zu können.

3. Empirische Analyse des Wahlerfolgs von Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund

Der Vergleich des relativen Wahlerfolgs von Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund zeigt, dass die Differenz der Mittelwerte verschwindend gering ist (0,98 zu 0,99) und es für den Wahlerfolg zunächst keinen statistisch signifikanten Unterschied macht, ob man einen Migrationshintergrund hat oder nicht.⁴⁶

Allerdings unterscheidet sich der Wahlerfolg der Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund zwischen den Bundesländern gravierend (vgl. Tabelle 1). Wie es bereits der Forschungsstand nahelegt, haben Migranten in Bremen den höchsten relativen Wahlerfolg. Hypothesengemäß verzeichnen Migranten in den ostdeutschen Flächenländern (Branden-

44 Vgl. *Florian Herbolsheimer / Andreas M. Wüst*, a.a.O. (Fn. 30).

45 Für Kandidaten, die den ersten und den letzten Platz der Liste einnehmen, kann der relative Wahlerfolg nicht berechnet werden, da kein Listennachbar oberhalb bzw. unterhalb verfügbar ist. Der zweite sowie der vorletzte Kandidat auf der Liste kann lediglich mit den zwei möglichen Listennachbarn verglichen werden. Dementsprechend sieht die Berechnungsformel des relativen Wahlerfolgs für die zweite und die vorletzte Position auf einer Liste folgendermaßen aus:

$$\text{Relativer Wahlerfolg} = \frac{\text{Stimmenanzahl Person} * 2}{\text{Listennachbar 1} + \text{Listennachbar 2}}$$

46 Die Differenz der Mittelwerte ist bei Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund auf dem Niveau ($p < .05$) statistisch nicht signifikant. Die Differenz der Mittelwerte kann somit nicht gegen den Zufall abgesichert werden.

Tabelle 1: Relativer Wahlerfolg (rW) der Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund nach Bundesländern (n in Klammern)

	mit Migrations- hintergrund	ohne Migrations- hintergrund
Baden-Württemberg	0,93 (372)	1,02 (3.768)
Bayern	0,99 (280)	1,00 (4.374)
Brandenburg	0,80 (14)	0,99 (816)
Bremen	1,62 (33)	1,03 (345)
Hessen	0,99 (463)	1,00 (3.243)
Mecklenburg-Vorpommern	0,90 (7)	0,95 (244)
Niedersachsen	0,98 (64)	0,96 (1.809)
Rheinland-Pfalz	0,98 (83)	1,00 (1.406)
Sachsen	0,80 (30)	0,90 (1.357)
Sachsen-Anhalt	0,75 (8)	0,95 (712)
Thüringen	0,82 (10)	1,03 (884)

Anmerkung: N = 20.322; aufgrund selektiver Ausfälle konnten nicht alle Fälle berücksichtigt werden.
Quelle: Eigene Erhebung.

Tabelle 2: Relativer Wahlerfolg (rW) der Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund nach Ost und West

	mit Migrations- hintergrund	ohne Migrations- hintergrund
Ost	0,81* (69)	0,96 (4.013)
West	0,99* (1.295)	1,00 (14.945)

Anmerkung: N = 20.322; aufgrund selektiver Ausfälle konnten nicht alle Fälle berücksichtigt werden.

* Die Differenz der Mittelwerte ist bei Kandidaten mit Migrationshintergrund auf dem Niveau ($p < .05$) statistisch signifikant. Kandidaten ohne Migrationshintergrund wurden nicht auf ihre Signifikanz getestet, da sie für die Fragestellung nicht relevant sind.

Quelle: Eigene Erhebung.

burg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) wiederum den vergleichsweise niedrigsten relativen Wahlerfolg.

Wird Ost und West zusammengefasst gegenübergestellt, wird deutlich, dass die Kandidaten mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland einen signifikant geringeren relativen Wahlerfolg aufweisen als die Wahlbewerber in Westdeutschland. Auch die Differenz der Mittelwerte zwischen Kandidaten mit und ohne Migrationshintergrund fällt deutlich höher aus. Sind in Westdeutschland die Wahlchancen beider Kandidatentypen nahezu gleich verteilt, weichen sie in Ostdeutschland stark voneinander ab (vgl. Tabelle 2).

Fernab der Mittelwertvergleiche nach Region interessiert aber vor allem die Vorhersage einer oder mehrerer Einflussfaktoren auf den relativen Wahlerfolg. Hierzu wurde eine multivariate Analyse nur für die Kandidaten mit Migrationshintergrund durchgeführt.⁴⁷

47 Da sich der Ausländeranteil in der Bevölkerung bereits in der bivariaten Regression als nicht signifikant für den Wahlerfolg von Migranten erwiesen hatte, wurde er nicht in das multivariate Regressionsmodell aufgenommen (vgl. Tabelle 3). Auch wenn diese Variable in das Regressionsmodell aufgenommen wird, verändern sich die signifikanten Beziehungen der anderen Variablen nicht gravierend.

Tabelle 3: Multivariate Regressionsanalyse des Wahlerfolgs von Kandidaten mit Migrationshintergrund

	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten		
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta	T	Sig.
(Konstante)	-0,297	0,092		-3,232	0,001
Geschlecht (0 = männlich; 1 = weiblich)	-0,053	0,043	-0,045	-1,251	0,211
Doktortitel (0 = Nein; 1 = Ja)	0,105	0,094	0,040	1,109	0,268
Gemeindegrößenklasse (0 = Kleinstadt; 1 = Großstadt)	0,117	0,047	0,088	2,460	0,014*
Ost-/Westdeutschland (0 = Ost; 1 = West)	0,265	0,085	0,112	3,121	0,002**
Partei (0 = links; 1 = rechts)	-0,089	0,046	-0,070	-1,943	0,052

Anmerkung: a. Abhängige Variable: Wert relativer Wahlerfolg +/- 0; Signifikanz des Modells: F(5, 764) = 4,33; p < 0,01; * signifikant bei p < 0,05; ** hoch signifikant bei p < 0,01.
Quelle: Eigene Berechnung.

Insgesamt zeigt sich auch in der multivariaten Analyse, dass der Faktor Ostdeutschland einen hoch signifikanten Einfluss auf den Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund hat und dies damit in der Zusammenschau aller Ergebnisse als ein Indiz für eine stärker negativ diskriminierende Politische Kultur in Ostdeutschland gewertet werden kann. Daneben sind es vor allem Kleinstädte, in denen der relative Wahlerfolg der Bewerber mit Migrationshintergrund vergleichsweise kleiner ist.

Hypothesengemäß ist der Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund höher, wenn sie Mitglieder einer Partei aus dem eher linken Spektrum sind, wobei das Signifikanzniveau von fünf Prozent bei einem zweiseitigen Signifikanztest nur sehr knapp nicht erreicht wurde (5,2 Prozent).

Das Geschlecht oder der Doktortitel haben hingegen eindeutig keinen signifikanten Einfluss auf den relativen Wahlerfolg. Bezogen auf alle Kandidaturen mit und ohne Migrationshintergrund erzielen sie allerdings durchaus eine Wirkung.⁴⁸

4. Zentrale Ergebnisse und Forschungsperspektiven

Bremen hat sich hinsichtlich des Wahlerfolgs von Kandidaten mit Migrationshintergrund als Ausnahmefall erwiesen, der in der Literatur häufig angeführt wird, um den vermeintlich positiven Zusammenhang zwischen Verhältniswahlrecht mit offenen Listen und der Migrantenrepräsentanz in Parlamenten zu belegen. Im Mittel aller Bundesländer, die in ihrem Wahlrecht Kumulieren und Panaschieren vorsehen, scheinen die Wähler zunächst weder positiv noch negativ zu diskriminieren. Ausweislich der hier vorgelegten Befunde ist aber

48 Vgl. Lars Holtkamp / Elke Wiechmann / Caroline Friedhoff, a.a.O. (Fn. 1).

zumindest in Ostdeutschland der Erfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund sehr wohl in hoch signifikantem Maße kleiner als in Westdeutschland, was als Indiz für eine stärker negativ diskriminierende Politische Kultur eingeordnet werden kann.

Viel wesentlicher als das Nachfrageverhalten der Wählerschaft ist das Angebotsverhalten der Parteien. So starteten in den hier untersuchten Kommunen die Kandidaten mit Migrationshintergrund durchschnittlich von einem signifikant schlechteren Listenplatz (Platz 21 im Vergleich zu Wahlbewerbern ohne Migrationshintergrund mit Platz 17⁴⁹). Die Parteien tragen damit die überwiegende Verantwortung für die Migrantenunterrepräsentanz. Am stärksten ausgeprägt sind diese Unterschiede bei der CDU, in der die Kandidaten mit Migrationshintergrund durchschnittlich von Listenplatz 27 starten, während Bewerber ohne Migrationshintergrund durchschnittlich Platz 19 vor der Wahl belegen. Inwieweit dieses Angebotsverhalten wiederum durch das (von den Parteien wahrgenommene) Nachfrageverhalten beeinflusst wird, wäre eine interessante Forschungsfrage für zukünftige Untersuchungen.

Bei der abschließenden Einschätzung dieser Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass Aggregatdatenanalysen nur Schlüsse über das Verhalten des Wählerkollektivs zulassen und nicht über die Motive des individuellen Wahlverhaltens. Insofern sind sicherlich weitere qualitative und quantitative Untersuchungen nötig, um die Ursachen für das schlechte Abschneiden der Kandidaten mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland und auch in den Kleinstädten zu ergründen. Dennoch hat die Aggregatdatenanalyse gegenüber Wählerbefragungen und Experimenten einen wesentlichen Vorteil. Sie berichtet über das tatsächliche Wahlverhalten in einer realen Situation; damit sind Verzerrungseffekte durch soziale Erwünschtheit, wie sie bei Befragungen zur Diskriminierung regelmäßig auftreten, ausgeschlossen. Wie aus einzelnen Diskriminierungsstudien bekannt, ist das reale Abstimmungsverhalten meist diskriminierender als die abgefragten Meinungen.⁵⁰ Diskriminierung gilt zunehmend als unmodern. So wurde beispielsweise für Referenden in der Schweiz gezeigt, dass in Umfragen deutlich weniger Bürger durch härtere Gesetze die Einwanderung regulieren wollten, als sie dies in den Volksabstimmungen durch ihr Handeln realisiert haben.⁵¹ Deshalb wird in der Schweiz schon seit längerer Zeit das Abstimmungsverhalten nach Regionen untersucht, auch um unterschiedliche regionale Politische Kulturen erfassen zu können.⁵²

Da in Deutschland bisher keine Volksentscheide auf nationaler Ebene durchgeführt wurden, könnte der hier analysierte relative Wahlerfolg von Kandidaten mit Migrationshintergrund ein wichtiger Indikator sein, um regionale Unterschiede in der Politischen Kultur hinsichtlich Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit sichtbar zu machen. Bei diesem Indikator fehlt die „soziale Erwünschtheit“. Er erfasst außerdem deutlich zuverlässiger Politische Kulturen wegen der vergleichsweise höheren Fallzahl in den Regionen im

49 Vgl. im Folgenden *Nina Hossain / Caroline Friedhoff / Maria Funder / Lars Holtkamp / Elke Wiechmann*, a.a.O. (Fn. 12), S. 189.

50 Vgl. zum Beispiel *Jens Hainmueller / Dominik Hangartner*, Who Gets a Swiss Passport? A Natural Experiment in Immigrant Discrimination, in: *American Political Science Review*, 107. Jg. (2013), H. 1, S. 159 – 187.

51 Vgl. *Patricia Funk*, How Accurate are Surveyed Preferences for Public Policies?, in: *Review of Economics and Statistics*, 98. Jg. (2016), H. 3, S. 442 – 454.

52 Vgl. *Thomas Milic / Bianca Rousselot / Adrian Vatter*, Handbuch der Abstimmungsforschung, Zürich 2014, S. 29.

Vergleich zu den meisten Umfragen mit kleinen Stichproben in den Subeinheiten.⁵³ Unterhalb des traditionellen Ost-West-Vergleichs könnte der Indikator auch die Varianzen innerhalb Ost- und Westdeutschlands anzeigen.⁵⁴ Im Zeitvergleich wäre es zudem sicherlich interessant, das Wahlverhalten vor (wie hier) und nach der Flüchtlingskrise empirisch zu vergleichen.

Dabei soll aber nicht die Aggregatdatenanalyse gegen die Individualdatenanalyse zur Erfassung von regional unterschiedlichen Politischen Kulturen ausgespielt werden. Beide methodischen Zugänge haben ihre Vor- und Nachteile, so dass ihre Kombination eine optimale Analyse der Politischen Kultur verspricht.⁵⁵

53 Vgl. *Tom Mannewitz*, Politische Kultur im subnationalen Vergleich, in: *ZfP*, 62. Jg. (2015), H. 1, S. 31 – 48, S. 40.

54 Vgl. zur Kritik an diesem traditionellen Vergleich ohne Berücksichtigung der Differenzen innerhalb der west- und ostdeutschen Bundesländer: *Hendrik Träger*, a.a.O. (Fn. 38), S. 75.

55 Vgl. *Werner Seitz*, Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten, Zürich 1997.

Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?

Stefan Haußner und Arndt Leininger*

Seit die Alternative für Deutschland (AfD) erstmals zur Bundestagswahl 2013 angetreten war, nahm sie an allen darauffolgenden Landtagswahlen sowie der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) 2014 teil und erzielte dabei teils beachtliche Erfolge.¹ Gleichzeitig stieg die Beteiligung an einigen dieser Wahlen deutlich an. Der vorliegende Beitrag ist vor diesem Hintergrund einerseits motiviert durch die Vermutung, dass die AfD von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert hat, und andererseits von der Behauptung, dass die Partei dazu beitrug, die Wahlbeteiligung zu steigern.

Ursprung ersterer Vermutung sind die Wanderungsanalysen zu einzelnen Landtagswahlen, nach denen sich eine einfache Mehrheit der AfD-Wählerinnen² aus dem Lager der Nichtwählenden rekrutierte. Die zweite Behauptung wurde von Politikerinnen der Partei selber und den Medien häufiger geäußert. Es steht also die Hypothese im Raum, die AfD mobilisierte vormalige Nichtwählende, die mehrheitlich dann diese Partei wählen würden. Somit wäre die AfD zugleich sowohl Ursache als auch Hauptprofiteurin der gestiegenen

* Unser Dank gilt *Theresa Bernemann, Fabio Best, Joel Wächter* und *Robert Welz* für ihre kompetente Recherche und redaktionelle Arbeit.

1 Außerdem nahm sie auch an allen Kommunalwahlen teil, dort oft jedoch nicht flächendeckend.

2 Wir verwenden in diesem Beitrag für Personenbeschreibungen die weibliche Form. Die Angaben beziehen sich auf Angehörige aller Geschlechter, und Männer sind natürlich mit einbezogen.